

Einführung Demokratie-Veranstaltung am 25.10.2017

(Textbausteine; es gilt das gesprochene Wort)

Die Planungen für diese Veranstaltung – samt der Festlegung, sie am 25.10.17 - dem Tag der Verfassung in Thüringen - stattfinden zu lassen – haben schon Mitte Juni begonnen. Dass es sinnvoll und spannend ist, sich Wahlen und Abstimmungen bzw. deren Ergebnisse daraufhin anzuschauen, welche gesellschaftspolitischen und sozialen Gesichtspunkte und Entwicklungen darin zum Tragen kommen bzw. sichtbar werden, das war für uns als LINKE-Fraktion bzw. Einladerin zur heutigen Veranstaltung schon im Juni klar.

Aktualität, Sinnhaftigkeit, ja Notwendigkeit, und Brisanz der heutigen Veranstaltung mit dem Titel „Kein Bock auf Wahlen? – Protest mit Wahlen? – Oder was? Wahlen und Abstimmungen als Seismographen gesellschaftlicher Entwicklungen“ wurden aber seit Juni durch aktuelle politische Ereignisse nochmals deutlich vor Augen geführt: Genannt seien vor allem die Bundestagswahl am 24. September, aber auch die Landtagswahl in Niedersachsen am 15. Oktober. Möchte man sich nicht nur auf den „teutonischen Schrebergarten-Blick“ beschränken, kommen vor allem noch die Nationalratswahl in Österreich - ebenfalls am 15. Oktober - und die Wahl in der Tschechischen Republik am 22. Oktober sowie das Unabhängigkeitsreferendum in Katalonien am 1. Oktober und die beiden italienischen Autonomie-Referenden im Veneto und in der Lombardei – ebenfalls am 22. Oktober - hinzu.

Kein Bock auf Wahlen? Hier stellt sich die Frage, ob der noch vor einiger Zeit prognostizierte Trend einer immer weiter sinkenden Wahlbeteiligung so überhaupt noch stimmt. Muss man nicht eher differenzierter fragen: Wer geht aus welchen Gründen nicht zur Wahl bzw. zu einer bestimmten Wahl und wie damit umgehen bzw. was dagegen tun? In diesen Zusammenhang gehört genau genommen auch die Frage nach der Breite der Legitimationsbasis und „Aussagekraft“ von Wahlen. Was ist mit den Menschen, die hier leben, von parlamentarischen Entscheidungen in ihrem Lebensalltag seit vielen Jahren auf vielfältige Weise betroffen sind, wählen wollen, aber nicht wählen dürfen? Hier sind vor allem Migrantinnen und Migranten bzw. Menschen mit Migrationshintergrund zu nennen – unter strenger Anwendung des Demokratieprinzips ist deren Ausschluss nicht nicht zu rechtfertigen. Es trifft aber auch Menschen mit dem Handicap, unter gesetzlicher Vollbetreuung zu stehen – übrigens ein klarer Verstoß gegen das UN-Abkommen über die Rechte behinderter Menschen. Welche faktischen sozialen Hürden führen dazu, dass sich Menschen nicht an Wahlen beteiligen wollen bzw. können?

Protest mit Wahlen? Welche „Entfremdungsprozesse“ und Probleme führen dazu, dass Menschen durch ihre Stimmabgabe protestieren? Welcher inhaltliche Protest soll damit ausgedrückt werden? Meist macht sich dieses Phänomen an so genannten „Protest-Parteien“ fest – aber vielleicht auch nicht immer?

Und heißt das dann, dass die Leute an der Urne nur die Protestfunktion wählen – ganz abgesehen und unabhängig von den Inhalten, für die diese so genannten „Protest-Parteien“ stehen?

Aktuell wird die AfD immer noch als Protest-Partei bezeichnet. Ist sie das (noch), so wie manche den Begriff verwenden? Doch wo, wie und wann geht der vermeintlich reine Protest in eine klare inhaltliche Positionierung der Wählerinnen und Wähler zugunsten der Inhalte von solchen „Protest-Parteien“ über? Anders und etwas zugespitzt gefragt: Wie viele der AfD-Wählenden sind „reine“ Protestler und wie viele teilen aber das „Rechts-außen“ Weltbild

dieser Partei? Immerhin bestätigen schon bekannt gewordene Ergebnisse des neuen „Thüringen-Monitors“, dass 20% der Leute in Thüringen in diese Richtung gehören – darunter sehr viele auch mit „geschlossen rechtem Weltbild“. Diese jährlich erscheinende Studie nennt diesen Fakt in etwa mit diesen Prozentzahlen praktisch schon seit Beginn der Untersuchungen, nur dass vor Jahren noch von einer „latenten Entwicklung“ die Rede war. Der Thüringen-Monitor 2017 wird übrigens am 03. November auch in der Sitzung des Landtags debattiert. Die neueste Zwischenwahlbefragung in und für Thüringen – veröffentlicht am Montag dieser Woche - sieht die AfD mittlerweile bei 20 %, gleichauf mit der LINKEN, die CDU kommt auf 31%, während die SPD bei 13% verortet wird. Die GRÜNEN liegen bei 4%. Nicht ersichtlich ist, wie viele Personen in der Umfrage unentschlossen waren. Der Anteil der Unentschlossenen lag bei der Bundestagswahl bis zuletzt ziemlich hoch. Auf diese eben genannten Entwicklungen muss dringend eine wirksame demokratische, emanzipatorische Antwort gefunden werden, Scheinlösungen und manipulative „Rattenfängerei“ müssen als solche entlarvt und „gekontert“ werden.

Womit wir beim dritten Teil des Veranstaltungstitels sind: „Oder was?“

Wie spiegeln Wahlergebnisse wider, dass - nach Einschätzung der Wählerinnen und Wähler - eine Partei ganz wichtige Kernpositionen aufgegeben hat? Oder allgemeiner: Wie drücken Wählerinnen und Wähler an der Urne Vertrauensverlust und „inhaltliche Enttäuschung“ aus? Sollte hier als prominentes Beispiel nur die SPD genannt werden oder auch die CDU? Was lässt sich an Entstehung und Wahlergebnissen der GRÜNEN ablesen, die aus der Umwelt und Friedensbewegung – sowie in Ostdeutschland auch stark aus der Bürgerrechtsbewegung - entstanden sind?

Was sagen Wahlergebnisse dazu, wie sich die Wahrnehmung der Wählerinnen und Wähler über eine Partei verändern?

Ob eine frühere „Interessenspartei“, z.B. für ostdeutsche Belange, oder auch eine so genannte „Protest-Partei“ in den Augen frühere Unterstützerinnen und Unterstützer zu einer „etablierten“ bzw. „staatstragenden“ Partei geworden ist, der man diese Interessenvertretung bzw. die „Protestfunktion“ nicht mehr zutraut? Könnte diese Entwicklung auch die LINKE ereilen?

Was sagen Wahlergebnisse über die grundsätzliche Akzeptanz des bzw. Zufriedenheit mit dem (rein) parlamentarischen System? Müssen in einer mündigen Demokratie die Menschen auch zu direkten Sachfragen entscheiden (können), nicht nur über Köpfe in Parlamenten? Was bedeutet eine Stärkung der direkten Demokratie für die Parlamente? Wir als LINKE befürworten diese direkten Mitentscheidungsrechte sehr - aber in einer Form, in der sie nicht missbraucht werden können – vor allem nicht von rechts. Die Achtung der Menschenwürde, das Demokratie-, Rechts- und Sozialstaatsprinzip müssen geschützt werden. Direkte Demokratie darf nicht zur Demontage von Grundrechten benutzt werden. Wie muss ein solcher wirksamer Missbrauchsschutz aussehen – ohne in weltanschauliche Gängelung abzudriften? Welche praktischen Beispiele – gerade auch aktuelle - sind aus welchen Gründen Belege für gelungene direkte Demokratie? Welche Beispiele zeigen, wie man es nicht machen darf – gegebenenfalls auch, weil sie nur wie direkte Demokratie aussehen, aber gar keine wirkliche direkte Demokratie sind? Die Brexit-Abstimmung dürfte ein solches warnendes Beispiel sein...

Diese exemplarisch genannten Fragen und Überlegungen gehören zum Hintergrund unserer Veranstaltung und ihrer inhaltlichen „Anlage“. Ich freue mich sehr, drei sehr kompetente Referenten begrüßen zu können. In ihren Vorträgen werden sie das Themenfeld „Wahlen und Abstimmungen als Seismographen gesellschaftlicher Entwicklungen“ intensiv beleuchten und dabei viele Fragen stellen und beantworten - sicher auch viele, auf die wir als LINKE-Fraktion und Einladerin noch gar nicht gekommen sind.

Prof. Hermann Heußner, Rechtswissenschaftler, lehrt Öffentliches Recht und Recht der Sozialen Arbeit an der Hochschule Osnabrück.

Horst Kahrs, Sozialwissenschaftler, ist als Referent des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung tätig – seit Jahren auch im Bereich der Wahlanalyse.

Dr. Michael Efler, Sozialökonom, setzt sich seit vielen Jahren ein für die Stärkung der direkten Demokratie – auch als Mitglied des Bundesvorstands von „Mehr Demokratie e.V.“; er ist mittlerweile aber auch Mitglied der LINKE-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin.

In gewisser „Vorwegnahme“ des Titels der nachfolgenden Podiums-Diskussion - „Die Mitmach-Demokratie für alle stärken“ – haben wir nach den Vorträgen auch entsprechend Zeit eingeplant für Nachfragen und Diskussion aus und mit dem Publikum.